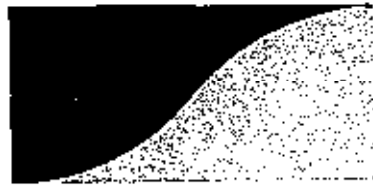


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 66 848 ppbn d



## Inhalt

Freimut Duve MdB warnt vor unzulässigem Druck durch Ministerialbeamte des Hauses Zimmermann. Seite 1

Robert Antretter MdB fragt nach den Aussichten für den Europapaß. Seite 2

Horst Isola, Stellvertretender Bundesvorsitzender der AsJ, sieht ein Stück Souveränität verlorengehen. Seite 3

Horst Sielaff MdB macht Anmerkungen zu Herrn Czajas jüngstem „Schlachtruf“. Seite 5

Gerhard Heimann MdB fordert bessere Bahnverbindungen nach Berlin. Seite 6

41. Jahrgang / 38

25. Februar 1986

### Unzulässiger Druck

Wir lassen den Bundesdatenschutzbeauftragten nicht beschädigen

Von Freimut Duve MdB

Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Die Bundesregierung versucht, bei den unter einem Zeitdiktat der Union erzwungenen Eilberatungen der neuen Sicherheitsgesetze den Bundesdatenschutzbeauftragten, Herrn Dr. Baumann, unter Druck zu setzen. Als Mitglied des Bundestagsinnenausschusses fordere ich die Vertreter der Bundesregierung auf, künftig Angriffe auf den Bundesdatenschutzbeauftragten zu unterlassen.

Anlaß für meine Kritik ist die Einlassung eines leitenden Mitarbeiters des Bundesjustizministeriums, der sich gestern morgen gegen kritische Anmerkungen des Datenschutzbeauftragten glaubte zur Wehr setzen zu müssen. Dr. Baumann hatte mit großem Ernst die widersprüchlichen und unpräzisen Formulierungen des Absatzes 4 des Entwurfs kritisiert und vor möglichen Fehldeutungen durch die Polizei gewarnt.

Es kann nicht hingenommen werden, daß bei Gesetzesberatungen solche Warnungen dazu führen, daß Vertreter der Bundesregierung glauben, sie müßten die Polizei vor „Verdächtigungen“ schützen. Die Beratungen darüber, ob und wie lange Tausende von Personen-daten bei der Schleppnetzfahndung gespeichert werden, müssen alle möglichen Fehldeutungen ausloten und dürfen sich nicht dem Diktat moralisierender Beamter der Exekutive unterwerfen.

Ich habe in diesem Sinne an den Vorsitzenden des Innenausschusses geschrieben und ihn gebeten, bei den noch ausstehenden Beratungen dafür zu sorgen, daß der Datenschutzbeauftragte vortragen kann, ohne von der Regierung angegriffen zu werden. (-/25.2.1986/vo/va)

Verlag und Redaktion:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Versteigter Ökopapier  
mit 100% recycelten Rohstoffen  
Recycling-Papier



Alles im Griff!

Die Sicherheitsfanatiker und der Europapaß

Von Robert Antretter MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Europa-Kommission der SPD-Bundestagsfraktion

Das Trauerspiel der Koalition rund um das „Sicherheitspaket“ zeigt einmal mehr, daß die Regierung Kohl bereit ist, Zwecke der Machterhaltung über die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu stellen. Wenn man sich für einen „Durchsetzungswahlkampf“ rüstet, bleibt in der Tat wenig Zeit für sorgfältige parlamentarische Beratung.

Freilich bleibt anzumerken, daß in jenem „Sicherheitspaket“ der Europapaß steckt, auf den die Bürger der Bundesrepublik nun schon fünf lange Jahre warten. Seit dem Versprechen vom 23. Juni 1981 haben die Regierungschefs der EG immer wieder - vor der Europawahl 1984, beim Gipfel in Fontainebleau geradezu dramatisch - ihre Entschlossenheit bekräftigt, den Paß rasch einzuführen. Jedoch haben ihn nur Dänemark, Irland und Luxemburg termingerecht zum 1. Januar 1985 ausgestellt, während Frankreich, Griechenland, Belgien, Niederlande nachfolgten und Italien erst noch seinen Bestand an nationalen Pässen aufbrauchen will.

Letztlich aber beharrten nur die Sicherheitsbürokraten in Großbritannien und in der Bundesrepublik Deutschland darauf, der Europapaß dürfe nicht nur fälschungssicher, er müsse vor allem maschinell lesbar sein. Mit fadenscheinigen Argumenten und robusten Ellenbogen setzten sich die Fanatiker vom Schlage Spranger durch.

Heute müssen wir festhalten, daß vollmundige Sonntagsreden von Bundeskanzler Kohl offenbar nur Widerstände produziert haben. Das neue Paßgesetz soll jetzt einem „unverantwortlichen Liberalismus in Europa“ einen Riegel vorschieben. Dabei ist maschinelle Lesbarkeit für Spranger unverzichtbar. Nur dieser Paß wäre ja auch zentral kontrollierbar. Und mit ihm ließen sich Bewegungsprofile erstellen.

Damit scheint der Traum der Nachrichtendienste und der Polizei, „alles in den Griff“ zu bekommen, wahr zu werden. Der Überwachungsstaat wäre perfekt, gäbe es nicht Bürger, die ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung verteidigen. Sie wehren sich deshalb gemeinsam mit uns Sozialdemokraten - selbst auf die Gefahr hin, daß der Europapaß auch weiterhin auf sich warten läßt.

(-/25.2.1986/va/va)

\* \* \*



Ein Stück Souveränität soll fallen

Zu den sogenannten „Sicherheitsgesetzen“ der Koalition

Von Horst Isola

Stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen

Ohne Rücksicht auf parlamentarische Gepflogenheiten peitscht gegenwärtig die Rechtskoalition in Bonn die sogenannten Sicherheitsgesetze durch das Gesetzgebungsverfahren. Um Zeit zu sparen, wurden sogar bei der Formulierung der geplanten Vorschrift zur „Schleppnetz-Fahndung“ die Landesjustizminister übergangen, anstatt ihnen, wie dies sonst üblich ist, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Die Sicherheitsgesetze können bereits als verabschiedet betrachtet werden - die Koalitionsparteien CDU, CSU und FDP sind allen Anschein nach nicht gewillt, eine ordentliche parlamentarische Beratung zuzulassen. Offensichtlich will man die Angelegenheit schnell hinter sich bringen: In völliger Umkehrung der Forderungen des Bundesverfassungsgerichts sollen gesetzliche Grundlagen für schwerwiegende Eingriffe von Staatsorganen in den Bereich der Selbstbestimmung des Bürgers geschaffen werden. Die Sicherheitsgesetze werden ihrem Charakter und ihrer Wirkung nach Ermächtigungsgesetze darstellen, die das vom Bundesverfassungsgericht formulierte „informationelle Selbstbestimmungsrecht“ des Bürgers auf den Kopf stellen und statt dessen den Polizei- und Geheimdienstbehörden ein informationelles Ausforschungsrecht gegenüber dem Bürger zustehen.

Der Komplex „Sicherheitsgesetze“ ist im Zusammenhang zu sehen mit dem politischen Ziel der Wende in Bonn, die politisch-sozialen Verhältnisse durch hohe Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Schwächung der Gewerkschaften, Aushöhlung des Streikrechts sowie Einschränkung der Freiheitsrechte der Bürger zugunsten eines autoritären, unternehmerfreundlichen Sicherheitsstaats zu ändern. Dem mit der Verschärfung der ökonomischen Krise zu erwartenden Anwachsen des politischen Protestes soll frühzeitig mit staatlichen Überwachungs- und Unterdrückungsmaßnahmen begegnet werden können. Dem Abbau des Sozialstaats folgt (historisch) konsequent die Aushöhlung des Rechtsstaats und der Abbau von Liberalität.

Die Sicherheitsgesetze stellen eine wichtige Grundlage für eine Strukturveränderung des politischen Herrschaftssystems in der Bundesrepublik dar. Die Grenzlinie zwischen Wahrnehmung von



Bürgerrechten und Kriminalität soll aufgelöst werden. Statt dessen wird eine Kette „Abweichler-Störer-Regimekritiker-Krimineller“ geknüpft und auf diese Weise jeder Bürger, der sich nicht widerspruchslos in den Arbeits- und Konsumzwang einfügt, verdächtigt.

Schwerpunkt der Sicherheitsgesetze ist die Aufhebung des Grundsatzes der strikten Trennung von Polizei und Geheimdiensten, der beim Aufbau der Bundesrepublik als Wesensmerkmal eines demokratischen Rechtsstaates formuliert worden war. Nunmehr sollen Polizei, Staatsanwaltschaften und die drei Geheimdienste der Bundesrepublik (BND, Verfassungsschutz und Militärischer Abschirmdienst) zu einem umfangreichen Informationsaustausch verpflichtet werden. Der Bundesnachrichtendienst soll nachrichtendienstliche Mittel, wie zum Beispiel Abhör- und Beobachtungsgeräte, Wanzen für heimliche Ton- und Bildaufnahmen, anwenden dürfen, wenn dies zur Gewinnung außen- oder sicherheitspolitischer Informationen erforderlich ist. Daneben soll die Polizei Befugnisse erhalten, die bisher Geheimdiensten vorbehalten waren; gleichzeitig werden die Polizeibehörden ermächtigt, Maßnahmen der „Vorsorge zur Gefahrenabwehr“ zu ergreifen, das heißt bereits tätig zu werden, ohne daß ein konkreter Tatverdacht vorliegt. Besonders beunruhigend ist, daß die Exekutive von der Kontrolle durch Parlament, Justiz und Datenschutzbeauftragten weitgehend abgeschirmt wird.

Dem Volk wird Stück für Stück Souveränität genommen. Der in Artikel 20 Absatz 2 GG festgelegte Grundsatz, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, wird aufgehört und in sein Gegenteil verkehrt: Immer mehr geht vom Staat Gewalt über das Volk aus. Die Bürger werden sich eines Tages zu fragen haben, welche Freiheit ihnen eigentlich verblieben ist, die es zu verteidigen noch lohnt.

Jeder Bürger ist betroffen: Nur eine breite Solidarität zur Rettung des Grundgesetzes kann diese schlimme Entwicklung noch stoppen.

(-/25.2.1986/va/va)

\* \* \*



Czajas Schlachtruf

Anmerkungen zu einem Interview des von Dr. Kohl unterstützten Vertriebenenpolitikers

Von Horst Sielaff MdB

Bundesvorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher (ZMO)

Sie lassen nicht locker, die Berufsvertriebenenfunktionäre. In einem am 19. Februar von der Schlesischen Jugend in ihrem Presseorgan „Akzent“ veröffentlichten Interview zieht der BdV-Präsident Czaja wieder einmal vollmundig alle Register des großdeutschen Vokabelschatzes: „Die nationale Frage ist wieder lebendig...“ „Rumpfdeutschland...“

„Auch westdeutsche junge Menschen beginnen, sich für die Vertriebenen zu interessieren...“ beschwört Czaja und denkt womöglich an die unglückseligen Angriffsvisionen jenes 21jährigen Thomas Finke, der in Details einen Truppeneinmarsch der Bundeswehr in Polen und der CSSR ausmalte.

Schule, Medien, Elternhaus und Gesellschaft müßten noch mehr zu einem maßvollen, klugen, aber auch entschiedenen deutschen Geschichts- und Volksbewußtsein beitragen, denn „es ist unsere Pflicht, möglichst viel von Ostdeutschland zu retten“.

Das ist weder maßvoll, noch klug geredet, das ist ganz im Gegenteil ein politisch und moralisch falscher immer wiederkehrender Schlachtruf: „Auf gen Osten“.

Der um sein Mandat - Czaja will mit 71 Jahren zum neunten Mal in den Deutschen Bundestag einziehen - kämpfende CDU-Politiker aus Baden-Württemberg erhält nach wie vor Schützenhilfe vom Kanzler und Parteivorsitzenden Kohl.

Der Bundeskanzler glaubt, den CDU-Landeschef und baden-württembergischen Ministerpräsidenten, Lothar Späth, in „Sachen Czaja“ massiv unter Druck setzen zu sollen. Natürlich mag er befürchten, daß der CDU einige Prozent Wähler/innen-Stimmen aus dem vertriebenen-bündlerischen schwarz-braunen Milieu verloren gehen könnten; die Verhöhnung der Öffentlichkeit durch Erzwingen der Kandidatur des Provokateurs zeigt unter Umständen noch deutlicher als frühere Publikationen im „Schlesier“, was die gegenwärtige Bonner Regierung tatsächlich unter „Ostpolitik“ versteht.

Czaja durchsetzen bedeutet, daß die Rechtsregierung nicht nur ein gestörtes Verhältnis zu Föderalismus und Demokratie hat: Denn immerhin hat die CDU fünf Gegenkandidaten im Wahlkreis Czajas anzubieten - sie läßt auch einen außenpolitischen Affront gegen die polnische Regierung zu und tritt die deutsch-polnischen Verträge mit Füßen.

Lothar Späth ist gut beraten, diesen Mann nicht mehr ins Deutsche Parlament zu lassen und auch Kanzler Kohl sollte das - wenn's denn möglich ist - begreifen. (-/25.2.1986/vo-he/rs)

\* \* \*

Auf dem Abstellgleis

Die Bahnverbindungen nach Berlin sind völlig unzureichend

Von Professor Gerhard Heimann MdB  
Stellvertretender deutschlandpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Ein weiteres Absinken des ohnehin sehr niedrigen Anteils der Bahn am Personentransit im Berlin-Verkehr kann nicht länger hingenommen werden.

Verkehrspolitisch steht die Bahn im Berlin-Verkehr seit langem auf dem Abstellgleis. Bei den bisherigen Planungen wurden stets die Luft- und Straßenverbindungen nach Berlin vorrangig behandelt (60 Prozent der Bundesmittel wurden für den Straßenbau, circa 4,5 Prozent für die Bahn ausgegeben). Ein radikales Umdenken ist deshalb notwendig.

Der in die Diskussion eingebrachte Vorschlag einer Magnetschnellbahn zwischen Berlin und Hannover könnte zu einem für Berlin unakzeptablen Stichstreckenverkehr werden. West-Berlin darf aber nicht zum Sackbahnhof werden.

Die wichtigste politische Aufgabe für West-Berlin liegt darin, die Lage in der Mitte Europas aus einem Standortnachteil wieder zu einem Standortvorteil werden zu lassen, das heißt durch friedlichen Interessenausgleich die geographische Mitte wieder zu einer intensiv kommunizierenden, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Mitte Europas zu machen. Deshalb ist der Schnellbahnstrecke Vorrang vor einer Magnetbahn zu geben. Das Ausbauprogramm der Deutschen Bundesbahn für Hochgeschwindigkeitszüge muß auch im Berlin-Verkehr Maßstab sein. Es dürfen jetzt keine Weichen gestellt werden, die letztlich aufs Abstellgleis führen.

Eine Planungsphase, die einem offenen Prozeß unterliegen muß, in den die politische und fachliche Öffentlichkeit einbezogen wird, ist erforderlich. Berlin muß seine zentrale europäische Verkehrsloge nutzen und nicht trotz, sondern wegen seiner besonderen politischen Situation Ausgangspunkt für die Schaffung eines die Grenzen überwindenden gesamteuropäischen Schnellbahnnetzes der Eisenbahn werden, das von Moskau über Warschau, Berlin, Hannover, Köln bis nach Paris reicht. Deutschlandpolitisch würde eine Vereinbarung mit der DDR als langfristiges Kooperationsprojekt politisch stabilisierend auf die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten wirken.

(-/25.2.1986/va/va)

\* \* \*

